

# Aleksandr Daniél'

## Geburt der Menschenrechtsbewegung

### Das Jahr 1968 in der UdSSR

In Moskau begann das Jahr 1968 mit einer aufsehenerregenden Gerichtsverhandlung gegen Aleksandr Ginzburg und drei weitere systemkritische Schriftsteller. Zahlreiche Sowjetbürger protestierten. Waren solche Appelle bis dato nur an die sowjetischen Institutionen gerichtet, riefen sie nun zum ersten Mal die Weltöffentlichkeit auf, den politischen Prozess zu verurteilen. Im Protest entstand die erste *Samizdat*-Zeitung, und über ihre Verbreitung bildete sich ein Netzwerk von Dissidenten. Die sowjetische Menschenrechtsbewegung war geboren.

Die bemerkenswerte Gleichzeitigkeit, mit der die Protestbewegungen in West- und Osteuropa sowie in Amerika entstanden, ist verblüffend. Nicht minder verblüffend sind die Unterschiede in der Form und den Zielen dieser Bewegungen. Was haben die durch den Führungswechsel vom Januar 1968 im Prager ZK angestoßenen demokratischen Reformen in der Tschechoslowakei mit den nationalpatriotischen Studentendemonstrationen in polnischen Städten im März gemein, die durch die Premiere der Neuinszenierung des Klassikers *Dziady* von Adam Mickiewicz ausgelöst worden waren, was mit dem „Fest des Ungehorsams“, das linke, trotzkistische, maoistische und viele andere Studentengruppen im Mai in den Straßen von Paris feierten? Und – dies ist die zentrale Frage – gibt es unter all diesen europäischen Hauptstädten und amerikanischen Universitäten, an denen die Studenten von dem plötzlichen Bedürfnis gepackt waren, dem Establishment ihre Verachtung zu demonstrieren und sich von traditionellen Verhaltensnormen und Werten zu verabschieden, einen Platz für das Moskau des Jahres '68?

In Moskau begann jenes Jahr mit einem aufsehenerregenden politischen Prozess, dem sogenannten *Fall der Vier*. Angeklagt waren der 32jährige *Samizdat*-Autor Aleksandr Ginzburg, der gut ein Jahr zuvor den Dokumentationsband *Der Fall Sinjavskij/Daniél'* publiziert hatte, und drei seiner Freunde, Jurij Galanskov, Aleksej Dobro-

---

**Aleksandr Daniél'** (1951), Pädagoge, ehemaliger *Samizdat*-Publizist, heute bei *Memorial* als Herausgeber und als Leiter eines Programms zur Geschichte der Dissidenten in der UdSSR

Der vorliegende Text erscheint gleichzeitig in einer englischen Fassung in: 1968 revisited. 40 years of protest movements. Heinrich Böll Foundation: EU Regional Office. Democracy, Issue 7. Brussels 2008.

OSTEUROPA, 58. Jg., 7/2008, S. 47–55

vol'skij und Vera Laškova, die ebenfalls am Weißbuch und an anderen *Samizdat*-Veröffentlichungen beteiligt waren.<sup>1</sup>

Das Verfahren zog sich fast ein Jahr hin. Vor der Eröffnung des Prozesses stellte sich bei der liberalen sowjetischen Intelligenz das Gefühl ein, dass dieser Prozess einen weiteren Schritt zu einer „Restalinisierung“ des Landes bedeuten könnte. Noch drei Jahre zuvor hätte eine solche Annahme in weiten Teilen der Öffentlichkeit neben schierer Panik den Wunsch ausgelöst, sich in ein Schneckenhaus zu verkriechen. Anfang 1968 verspürten viele Intellektuelle in der Hauptstadt und anderen Großstädten der Sowjetunion aber das Verlangen und die Kraft, sich gegen diesen Verlauf der Ereignisse zu stellen. Natürlich hatten die Nachrichten aus der Tschechoslowakei daran einen großen Anteil. Die politische Rhetorik der neuen tschechoslowakischen Staats- und Parteiführung glich zunehmend der Protestrhetorik der Moskauer Freigeister. Diese Analogie stimmte hoffnungsvoll, schließlich waren die Protestkundgebungen von Schriftstellern und Studenten 1967 einer der maßgeblichen Gründe für den Sturz von Antonín Novotný und Alexander Dubčeks Aufstieg in Prag.

## Suche nach dem menschlichen Antlitz

Die Sympathien sowjetischer Intellektueller für den in Prag ausgerufenen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ waren genauso wenig wie ihre Ablehnung von Leonid Brežnevs „entwickeltem Sozialismus“ an besondere ideologische Vorlieben gebunden. Unter denjenigen, die die Ereignisse in der Tschechoslowakei gespannt verfolgten, fanden sich (in deutlichem Gegensatz zum tschechoslowakischen ZK) nicht viele Anhänger der kommunistischen Idee, aber auch nur wenige überzeugte Antikommunisten.

Die oppositionell gestimmte Intelligenz setzte sich von Anarchisten bis Monarchisten aus Vertretern nahezu des gesamten ideologischen Spektrums zusammen. Natürlich gab es auch Kommunisten und Sozialisten oder überhaupt Linke, aber sie dominierten keineswegs die westlich geprägten Liberalen oder die national eingestellten *Počvenniki*.<sup>2</sup> Doch auch die Liberale und die *Počvenniki* überwogen keineswegs. Viele, vielleicht sogar die Mehrheit, hatten keinerlei ideologische Präferenzen und waren gegenüber jeglicher Ideologie gleichgültig oder skeptisch. Der erste Teil der Prager Formel, „Sozialismus“, war ihnen völlig egal. Sie interessierte einzig das „menschliche Antlitz“.

Kurzum, die Gesellschaft bzw. deren aufgeschlossener Teil wartete mit angehaltenem Atem, wartete auf Neuigkeiten aus Prag. Und auf Neuigkeiten über die Vorgänge in der Moskauer Kalančevskaja-Straße. Dort wurde im Moskauer Stadtgericht der „Fall der Vier“ verhandelt. Die wenigen Informationen, die aus dem Gerichtssaal drangen,

<sup>1</sup> Der Band, der sich dem politischen Prozess von 1966 widmete, in dem die beiden Moskauer Schriftsteller wegen der Veröffentlichung ihrer Werke im Westen zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren, erschien im Ausland und erlangte als Weißbuch Bekanntheit; Alexander Ginsburg (Hg.): Weißbuch in Sachen Sinjajwskij-Daniel. Frankfurt/Main 1967.

<sup>2</sup> *Počvenniki* sind Anhänger einer national-konservativen Orientierung. Der Begriff geht auf die Schriftstellerbewegung *počvenničestvo* aus dem 19. Jahrhundert zurück, in deren Werken sich eine starke Verbindung mit dem heimatlichen Boden (russ. počva) ausdrückte.

ergaben ein ziemlich düsteres Bild: Die Drahtzieher des Prozesses waren allem Anschein nach nicht an einem rechtlichen Verfahren interessiert, sondern steuerten auf einen Schuldspruch zu, wofür sie auch vor Verdrehungen und Verfälschungen nicht zurückschreckten.

Der Prozess und die Form seiner Durchführung sollten demonstrieren, dass das Regime keine öffentliche Kritik an der UdSSR mehr duldete. Obwohl das Verfahren öffentlich sein sollte hatte die Öffentlichkeit keinen Zutritt zum Gerichtssaal und veranstaltete nun eine Art Gegendemonstration zur Unterstützung der Angeklagten, indem Unterstützer tagelang auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude ausharrten. Doch damit war es nicht getan. Alle spürten, dass eine außergewöhnliche Protestaktion erforderlich war, die über die fruchtlosen und bis zum Überdruß geschriebenen Petitionen an das Regime hinausging.

## Appell an die Welt

Am 11. Januar, dem dritten Prozesstag, unterbrachen die ausländischen Rundfunksender, die in die Sowjetunion ausstrahlten, ihre Übertragungen, um ein „wichtiges Dokument, das eben aus Moskau eingetroffen ist“, zu verlesen. Es handelte sich um den Appell „An die Weltöffentlichkeit“ von Larisa Bogoraz und Pavel Litvinov, die beide bereits für ihre aktive Protesthaltung bekannt waren.<sup>3</sup> Nach der peniblen Auflistung aller ihnen bekannten groben Verstöße gegen Recht und Gerechtigkeit im Saal des Moskauer Stadtgerichts erinnerten Bogoraz und Litvinov an die katastrophalen Folgen, welche die Gleichgültigkeit der Bürger in der Vergangenheit während des Stalinterrors für das Land gezeitigt hatte. Der Text endete mit dem Appell an die sowjetische und internationale Öffentlichkeit, für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit zu kämpfen.

Mit welchen historischen Parallelen der Appell unterfüttert war und mit welchem Aufruf er schloss, ist nicht entscheidend. Beispiellos und erschütternd war für die Menschen in der Sowjetunion wie auch für eingeweihte Beobachter von außen nicht der Inhalt, sondern der Adressat – der Appell richtete sich direkt an die Öffentlichkeit der Welt, also auch an das Ausland.

Heute lässt sich kaum noch nachvollziehen, welche Revolution dies im Bewusstsein der Hörer auslöste. Bislang waren Protestbekundungen, auch wenn sie für die Veröffentlichung im Ausland geschrieben worden waren, formal immer an die sowjetischen Staats- und Parteiinstanzen adressiert gewesen, an das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjet, das Oberste Gericht, die Generalstaatsanwaltschaft oder zumindest an die *Pravda* oder die *Izvestija*.

Diese formale Adressierung war gewissermaßen die Nabelschnur, welche die Autoren mit dem Sowjetregime verband, ganz nach dem Motto: Nun ja, vereinzelte Rückfälle in den Stalinismus scheinen uns ein politischer Fehler zu sein, der dem Ansehen der Sowjetunion abträglich ist, Gerichtsprozesse wie der *Fall Brodskij* oder der *Fall Sinjavskij/Daniël*, aber wir sind loyale Sowjetbürger und wenden uns mit unserer Unzu-

<sup>3</sup> Larisa Bogoraz-Daniël', Pavel Litvinov: K mirovoj obščestvennosti; <[www.memo.ru/history/DISS/books/DELO\\_4-x/appeal.htm](http://www.memo.ru/history/DISS/books/DELO_4-x/appeal.htm)>.

friedenheit nicht sonst wo hin, sondern an die entsprechenden sowjetischen Instanzen . . .

Der Appell von Bogoraz und Litvinov war zwar mit dem Protest gegen die Verletzung sowjetischer Gesetze inhaltlich legalistisch, nichtsdestotrotz klang er aber unerhört aufrührerisch. Zum ersten Mal hatten sich Bürger der Sowjetunion in einem Konflikt mit dem Regime direkt und unmittelbar mit der Bitte um Unterstützung ans Ausland gewandt! Noch dazu war es ein Anschlag auf zentrale Stereotypen der Sowjetspsychologie, die über Jahrzehnte gehegt und gepflegt worden waren, das der „feindlichen Umzingelung“ und das der „Belagerten Festung“, das zu einem Komplex geworden war. Ein Appell an die internationale Öffentlichkeit, an „die Feinde“, „schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen“, das alles kam Abtrünnigkeit und Landesverrat gleich.

Es ist erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit dieses Stereotyp nur wenige Stunden nach der Übertragung des Appells „An die Weltöffentlichkeit“ aus dem Bewusstsein der *Intelligencija* verschwunden war. In liberalen Kreisen wurde kein Wort der Kritik an den beiden Frevlern laut, alle waren begeistert von ihrem Mut, auch diejenigen, die selbst nicht gewagt hätten, ihrem Beispiel zu folgen. Offenbar hatte das Schreckgespenst der „feindlichen Umzingelung“ in den 15 Jahren seit dem Tod seines Schöpfers Saft und Kraft verloren und spukte nur noch aus bloßer Beharrungskraft in der aufgeklärten Öffentlichkeit herum. Wenn der Eiserne Vorhang in den Köpfen auch noch nicht durchgerostet war, so hatte er am 11. Januar doch ein beachtliches Loch bekommen.

Der *Prozess der Vier* bedeutete eine grandiose Niederlage für das Regime, wenngleich die beiden Hauptangeklagten, Ginzburg und Galanskov, mit hohen Strafen belegt wurden. Jurij Galanskov sollte nie mehr das Licht der Freiheit erblicken. Er starb 1972 in einem Lagerkrankenhaus an einer missglückten Operation. Doch die „Petitionsrevolution“ hatte ein neues Niveau erreicht.

In der zweiten Phase der Petitionskampagne beschränkten sich die Offenen Briefe nicht mehr auf Protest gegen einzelne konkrete Gesetzesverstöße, sondern wandelten sich zur Systemkritik. Da war die Rede von der Unterdrückung der zivilen Freiheit, der Verfolgung Andersdenkender, der schleichenden Restalinisierung unter der neuen Führung um Brežnev. Die zuletzt genannte Anschuldigung verdient besondere Aufmerksamkeit. Heutige Kulturhistoriker stellen mit Verwunderung fest, dass die Anfangsjahre der Brežnev-Regierung, die sich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit eingebrannt haben, als Versuch, zu Stalin zurückzukehren, tatsächlich die freiesten und fruchtbarsten Jahre für Literatur, Kunst, Film, Theater und Wissenschaft waren. In jedem Fall boten sie bedeutend mehr Freiheiten als die letzten Regierungsjahre des selbtherrlichen Nikita Chruščev, der gegen abstrakte Malerei, Jazz und wissenschaftliche Genetik zu Felde zog.

Der Widerspruch zwischen der tatsächlichen Lage der Dinge und deren Bewertung durch die Öffentlichkeit lässt sich leicht erklären. Diese Bewertung ging nicht von der tatsächlichen Sachlage aus, sondern von den gesellschaftlichen Erwartungen, die seit 1956 stetig gestiegen waren und denen die sowjetische Parteiführung nicht entsprechen konnte und wollte. Der Grad des Neostalinismus im Land wurde nicht an der Realität gemessen, sondern an der wachsenden Kluft, die sich zwischen gesellschaftlichen Erwartungen und Realität auftat.

## Menschenrechte als politische Philosophie

Zum Manifest dieser Erwartungen entwickelte sich Andrej Sacharovs Memorandum „Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit“, weniger Systemkritik als ein Minimalprogramm notwendiger Reformen.<sup>4</sup> Erst zwanzig Jahre später sollte eine neue Führungsriege in der UdSSR diesem Modernisierungsprojekt für das Land gewachsen sein. Liest man heute den Essay des großen sowjetischen Physikers, der zum bekanntesten und einflussreichsten Akteur der Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion wurde, kann man nur staunen über die fast wörtliche Übereinstimmung der Hauptthesen aus seinen Zukunftsgedanken mit dem Programm der Gorbatschow-Reformen.

Für die im Entstehen begriffene gesellschaftliche Bewegung lieferte Sacharovs Essay eine konzeptionelle Grundlage, er verband die im Bewusstsein der Öffentlichkeit bereits spürbar präsente Idee der Menschenrechte mit den größten globalen Herausforderungen seiner Epoche. Die Gedanken erfassten das aktive Moment des Menschenrechtsgedankens und transferierten ihn von einer rein empirischen Ebene in den Rang einer Ideologie. Sacharov erkannte das Wesentliche der gesellschaftlichen Bewegung der 1960er Jahre. Er begriff sie als eine Reaktion der Gesellschaft auf eine überfällige Modernisierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg verpasst und unter Chruschtschow nur halbherzig und einseitig betrieben worden war.

Mit dem Erscheinen dieses Aufsatzes war das Konzept der Menschenrechte keine bloße moralische Wegmarke mehr, sie hatte die nicht nur für Russland, sondern für die ganze Welt neue Qualität einer politischen Philosophie gewonnen. Erschienen waren die „Gedanken“ im April 1968, sie standen zweifellos in Zusammenhang mit den Ereignissen in der Sowjetunion und außerhalb ihrer Grenzen.

## Chronik der laufenden Ereignisse

Fast gleichzeitig fand ein weiteres höchst wichtiges Ereignis statt, welches das Protestmilieu endgültig konsolidierte: Die Rede ist von der *Chronik der laufenden Ereignisse*, einem maschinengeschriebenen Informationsbulletin der Menschenrechtler und die einzige Zeitung des *Samizdat*.<sup>5</sup> Der 30. April 1968, an dem die erste Ausgabe der Chronik erschien, darf als Datum gelten, an dem die Menschenrechtsbewegung in der UdSSR endgültig entstand. Über 15 Jahre, von 1968 bis 1982, war die *Chronik* das unumstrittene Rückgrat der Bewegung – und dies in mehrfacher Hinsicht.

So erhielt die Dissidenz erst mit der *Chronik* eine zeitliche Dimension. Bis dahin hatte die Gesellschaft nicht in den Kategorien historischer Zeit denken können, denn ein existentiell motivierter Widerstand gegen das immanent Böse kennt dauerhaften Widerstand nicht. Selbst unter denjenigen, die dieses Böse eher in politischen Begriffen wie Sowjetmacht, Kommunismus, Stalinismus beschrieben, empfanden viele ihren Widerstand als moralische oder gar ästhetische Haltung, die also keine historische

<sup>4</sup> Andrej Sacharow: Wie ich mir die Zukunft vorstelle. Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit. Zürich 1968.

<sup>5</sup> Chronika tekuščich sobytij; <<http://www.memo.ru/history/diss/chr/index.htm>>.

Perspektive beinhaltete. Wo konnte es da eine *Chronik* geben? Und für welche „Ereignisse“?

Wer hat nun wen beeinflusst? Hat der Titel des Bulletins auf das Weltbild der Menschenrechtler eingewirkt, oder hat im Gegenteil der bereits erkennbare Bewusstseinswandel den Impuls für den Titel gegeben? Die Frage ist heute kaum noch zu klären.<sup>6</sup> Die *Chronik* schuf eine Zeitachse, um die sich die weiteren Ereignisse der sowjetischen Dissidenz anordneten. Sie ließ jeden Akt des Widerstandes zu einem Teil der *Dissidentengeschichte* werden und konstruierte das (wohl trügerische) Bild einer *Dissidentenbewegung*.

Neben der zeitlichen Dimension hat die Menschenrechtsbewegung der *Chronik der laufenden Ereignisse* auch die ersten Schritte zu einer inneren Struktur zu verdanken. Das war ein weiterer Beleg dafür, dass Lenin Recht hatte, als er, obgleich im Zusammenhang mit einer anderen Untergrundzeitung, davon sprach, dass diese „nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“ sei.<sup>7</sup>

Das Bulletin, dessen ursprüngliche „Auflage“ sich in der Regel auf zehn bis zwölf Exemplare belief, verbreitete sich in Hunderten maschinengeschriebenen Abschriften über das Land. Dabei griff der traditionelle *Samizdat*-Mechanismus: Mit der Weiterverbreitung stieg die Auflage. Gleichzeitig, und hierin lag eine ganz neue Qualität des Mediums, wurden die Verbreitungswege auch in umgekehrter Richtung als Informationskanäle für die nächsten Ausgaben genutzt.

Diese Besonderheit der Rückkopplung mit dem Leser, die unseres Wissens im sowjetischen *Samizdat* einmalig war, wurde in der in der fünften Ausgabe der *Chronik der laufenden Ereignisse* vom 31. Dezember 1968 lakonisch beschrieben:

Jeder, der daran interessiert ist, dass die sowjetische Öffentlichkeit über die Vorgänge im Land informiert ist, kann einfach die ihm bekannten Informationen der *Chronik* anvertrauen. Geben Sie sie an die Person weiter, von der Sie die *Chronik* bekommen haben, diese gibt sie dann an denjenigen weiter, von dem er die *Chronik* bekommen hat, usw.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Einen indirekten Hinweis könnte die Tatsache liefern, dass die Redakteure des Bulletins offenbar ursprünglich die erste Zeile des Titelblatts „Jahr der Menschenrechte in der Sowjetunion“ als Titel vorgesehen hatten. Die Worte „Chronik der laufenden Ereignisse“, die ebenfalls auf dem Titelblatt zu finden waren und die unverkennbar auf eine Rubrik des russischsprachigen BBC-Programms zurückgingen, waren eher als Genreangabe gedacht. Die Wahrnehmung der Leser fungierte jedoch als Korrektiv zur Idee der Herausgeber. Die neue Zeitung wurde immer nur „Chronik“ genannt, und die erste Zeile auf dem Titelblatt als eine Art Motto gelesen. Interessanterweise setzte der Herausgeber, der seine Zeitung wie alle anderen nur noch *Chronik der laufenden Ereignisse* nannte, nach Ablauf des von der UNO zum Jahr der Menschenrechte erklärten Jahres 1968 auf die sechste Ausgabe ein neues Motto, dem das Pathos der Zeitlosigkeit anhängt: „Das Jahr der Menschenrechte in der Sowjetunion geht weiter“! Dieses Motto wurde im gesamten Jahr 1969 beibehalten und erst in der zwölften Ausgabe vom 28. Februar 1970 geändert in: „Die Bewegung zum Schutz der Menschenrechte in der Sowjetunion geht weiter“.

<sup>7</sup> Wladimir Lenin: Womit beginnen? in: Werke, Bd. 5. Berlin <sup>9</sup>1985, S. 5–13, hier S. 11.

<sup>8</sup> Chronika tekušičij sobytij, vypusk pjatij, 31.12.1968; <[www.memo.ru/history/diss/chr/chr5.htm](http://www.memo.ru/history/diss/chr/chr5.htm)>.

Das um die *Chronik* entstandene System des immer weiter wachsenden Netzes, das zunächst auf persönlichen Bekanntschaften beruht hatte, war offensichtlich auch die erste „Protostruktur“ der Gesellschaft der Dissidenten. Dabei ist von größter Bedeutung, dass dieses ursprünglich auf einige Großstädte (Moskau, Leningrad, Kiev, Novosibirsk, Riga, Tallin, Vilnius, Gor’kij, Odessa) beschränkte Reihensystem relativ schnell auch andere Großstädte des Landes erreichte. Denn jeder neue geographische Name, der im Bulletin auftauchte, stand in der Regel auch für einen neuen Korrespondenten, der dauerhaft oder spontan an der *Chronik* mitarbeitete.

## Intelligencija und Menschenrechtsbewegung

Wie viele potentielle „Protestler“ gab es 1968 in der UdSSR? Welche Ressourcen standen der künftigen Protestbewegung zur Verfügung? Den Angaben von Andrej Amal’rik zufolge unterschrieben insgesamt 738 Personen die verschiedenen Petitionen für Ginzburg, Galanskov, Dobvol’skij und Laškova. Nach Amal’rik waren 45 Prozent der Unterzeichner Wissenschaftler, 22 Prozent kamen aus dem Kunstmilieu und 13 Prozent waren Ingenieure oder Techniker. Im Verhältnis zu dem riesigen Land ist die Zahl natürlich winzig, allerdings bestand diese kleine Gruppe von Menschen, die sich bereits als Gemeinschaft wahrzunehmen begann, zu einem beträchtlichen Teil aus Vertretern der intellektuellen Elite. Dabei sollte man sich nicht davon täuschen lassen, dass die Proteste in der ersten Phase in einer höchst loyalen Art und Weise als Petitionen an die Partei- und Regierungsinstanzen gerichtet waren. Die meisten Unterzeichner der Offenen Briefe für die vier „Abtrünnigen“ wussten ganz genau, dass sie sich illoyal verhielten und ihre Tat einem Sowjetbürger verboten war.

Die im Frühjahr 1968 einsetzenden Verfolgungen, Kündigungen und Parteiausschlüsse bestätigten, dass das Regime dieses Verhalten ebenfalls als illoyal einstufte. Es konnte gar nicht anders reagieren. Der Geist des *Prager Frühlings* hatte die Gemüter bewegt. Hätte man die Unterzeichner straflos davonkommen lassen oder wäre ihnen gar – Gott behüte – in ihren Forderungen auch noch entgegengekommen, hätte der Kreml riskiert, sich bei der nächsten Protestaktion nicht nur Hunderten, sondern Tausenden Protestierenden gegenüber zu sehen, vielleicht nicht mehr nur auf dem Papier, sondern leibhaftig auf der Straße.

De facto bedeutete die Moskauer „Petitionsrevolution“ von 1968, die auch weitere Städte erfasste, einen offenen Konflikt zwischen dem Regime und der liberal gestimmten *Intelligencija*. Diese spürte nun ganz deutlich, was sie vorher schon geahnt hatte: Das herrschende politische Regime konnte den Ansprüchen der *Intelligencija* nicht genügen, es war ihr seinem Wesen nach fremd, ja begegnete ihr sogar feindselig. Dabei hatte die ideologische Haltung des einzelnen Intellektuellen keinerlei Einfluss auf diese Feindseligkeit.

Das Regime reagierte auf jede selbständige Orientierung gleichermaßen allergisch, auch auf eine marxistisch-leninistische. Das verstanden die Protestierenden genauso wie diejenigen, die diese Proteste für fruchtlos und zu riskant hielten. In jedem Fall wurde deutlich, dass die Proteste auf eine erhebliche gesellschaftliche Resonanz stießen – wenn sie auch nicht zu praktischen Ergebnissen führten – und dass die Prote-

stierenden sich trotz ihrer verhältnismäßig geringen Zahl Sympathien und direkte oder indirekte Unterstützung von Seiten sozialer Gruppen sichern konnten, denen eine wichtige Rolle im Leben des Landes zukam.

Wie sah nun die konzeptionelle Basis der Opposition im Jahre 1968 aus? Kurz gefasst belief sich das politische Konzept auf einen weit verstandenen „Antistalinismus“, während das weltanschauliche Konzept sich auf die Idee der Menschenrechte stützte, welche die sowjetische *Intelligencija* zwischen 1965 und 1967 wiederentdeckt hatte. So wurde die Protestbewegung, die sich 1968 formiert hatte, einige Jahre später auch Menschenrechtsbewegung genannt. Und was die Infrastruktur der entstehenden Bewegung belangt, übernahm der *Samizdat* mit Erfolg diese Funktion.

Die Ressourcen waren also alles andere als überwältigend. Um die Politik real beeinflussen zu können, waren sie gelinde gesagt nicht zu gebrauchen. Allerdings verfügten sie über eine bemerkenswert wichtige Eigenschaft – sie ließen sich regenerieren. Nachdem die Repressionen über die Unterzeichner hereingebrochen waren, gestaltete sich die Wahl einfacher, es galt zwischen dem kompletten Verzicht auf jegliche Form zivilen Engagements und dem Wechsel auf die Seite der „Abtrünnigen“ (das Wort „Dissidenten“ war damals noch nicht gebräuchlich) mit all seinen unerfreulichen Konsequenzen für Karriere und Lebensplanung zu entscheiden. Natürlich entschied sich die Mehrheit, wenn auch mit Gewissensbissen, für die erste Variante, doch eine signifikante Minderheit zog es vor, die Widerstandshaltung durchzustehen. Das Regimes beraubte die Dissidenten in den folgenden Jahren durch Repressionen immer wieder ihrer markantesten und aktivsten Köpfe. Die nicht selten erzwungene Emigration von 1970 bis 1972 tat ein Übriges. Und doch riss bis zum Beginn der 1980er Jahre der Zustrom von begeisterten Unterstützern nicht ab.

Das Finale von „Moskau '68“, die verhängnisvolle Nacht vom 20. auf den 21. August, die dem *Prager Frühling* ein Ende setzte, war für mehrere Generationen sowjetischer Intellektueller ein gewaltiger psychischer Schlag. Viele Jahre später versuchte eine Gruppe junger Leute eine Art soziologischer Erhebung zu der Frage „Was bedeutet der 21. August 1968 für Sie?“ durchzuführen. Die Antworten fielen unterschiedlich aus, auffällig war jedoch, dass jeder der Befragten sich genau daran erinnern konnte, wo und wie er diesen Tag verbracht hatte. Dieses rare Phänomen individuellen Gedächtnisses tritt nur bei Daten auf, die einen Bruch für eine ganze Epoche bedeuten.

In Russland erinnert man sich in dieser Intensität nur an drei Tage des 20. Jahrhunderts: den 22. Juni 1941 (Beginn des *Großen Vaterländischen Krieges*), den 9. Mai 1945 (Tag des Sieges) und den 5. März 1953 (Tod Stalins). Interessanterweise ist die weit blutigere Niederschlagung des Ungarnaufstands vom November 1956 nicht so stark im Gedächtnis verankert, sie wurde nicht als ein solcher Bruch empfunden. Dies zeugt wohl von der beachtlichen Entwicklung der zivilen Mentalität innerhalb der zwölf Jahre zwischen 1956 und 1968.

Die dramatischste Reaktion auf die Ereignisse war die Protestkundgebung von sieben Sowjetbürgern am Mittag des 25. August auf dem Roten Platz in Moskau. Diese zweifelte, weniger politisch als vielmehr durch persönliche moralische Überzeugungen motivierte Aktion, an der auch die beiden Autoren des Appells „An die Weltöffentlichkeit“ beteiligt waren, wurde zur Quintessenz der gesamten Konsolidierungsphase der Protestbewegung in der UdSSR, zum „Musterbeispiel“ dissidentischen



Handelns für die Zukunft und gleichzeitig zum Schlusstrich des Aufschwungs gesellschaftlichen Protests. In diesem Augenblick wurde deutlich, dass ziviler Protest keine Massenerscheinung sein würde.

Die kleine, aber überaus standhafte Gemeinschaft, die über den August 1968 hinaus als harter Kern der „Petitionsrevolution“ fortbestand und sich später Menschenrechtsbewegung nannte, basierte auf zivilem Protest als existenziellem Akt, der nicht mit politischen Implikationen überfrachtet sein sollte. Daran änderte sich auch bis Mitte der 1970er Jahre nichts. In dieser Zeit war die Menschenrechtsbewegung eher Gegenstand der kulturellen als der politischen Geschichte des Landes.

*Aus dem Russischen von Thomas Weiler, Karlsruhe*